

Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag am 7. November 2002

Plenarprotokoll 15/8

Vizepräsidentin Susanne Kastner:

Der nächste Redner ist der Kollege Klaus-Peter Flosbach, CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Der grüne Abgeordnete hat wenigstens die Wahrheit gesagt. Er hat in etwa gesagt: „Wir brauchen keinen Neubau von Wohnungen mehr. Was in diesem Bereich passiert, ist mir letztendlich egal, insbesondere was die Förderung der Familien im Neubau angeht.“

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zuhören!])

Meine Damen und Herren, der Begriff der Nachhaltigkeit erlebt in der Koalitionsvereinbarung eine inflationäre Entwicklung.

(Franziska Eichstädt-Bohlig [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Das Schwarz-Weiß-Bild der Schwarzen!)

Aber in der Eigenheimförderung, in der nachhaltig große Erfolge erzielt wurden, zerstören Sie den Lieblingstraum der Deutschen nach einer eigenen Wohnung oder nach einem eigenen Haus. Hierbei hätten Sie aber Nachhaltigkeit beweisen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie wissen offensichtlich nicht, dass die Zukunftsplanung von mehr als 70 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger auf die eigene Immobilie ausgerichtet ist, dass sich die Menschen krumm legen und mit Leidenschaft und mit Kraft dafür einsetzen. Denn eine eigene Immobilie bietet nach wie vor einen sicheren Ort für die Familie und eine sichere Basis für das Alter. Die Förderung stellte immer ein Stück Vermögensbildung in breiten Schichten der Bevölkerung dar. Was Sie betreiben, ist ein sozialpolitischer Kahlschlag, den Ihnen die Bürgerinnen und Bürger entsprechend verübeln werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit Ihren neuen Beschlüssen testen Sie nicht nur die Belastbarkeit der Wirtschaft, sondern auch die der Bürgerinnen und Bürger. Steuererhöhungen, Erhöhungen der Sozialbeiträge und nun die Kürzung in der Vermögensbildung – das ist der rot-grüne Aufbruch in ein neues Jahrzehnt.

(Zuruf von der SPD: Wer hat dir das denn aufgeschrieben?)

Seit heute haben Sie also ein Konzept für die nächsten Jahre. Es ist schon erstaunlich: Sie verkünden die Änderungen bei der Eigenheimzulage und merken erst nach den Protesten der Opposition und der Verbände, dass sich – so bis vor kurzem – eine Familie mit zwei Kindern bei einem Neubau um 13 500 Euro verschlechtert. Sie merken offensichtlich jetzt auch, dass das Ganze auch etwas mit der Baukonjunktur und mit den Arbeitsplätzen zu tun hat.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist die reinste Kahlschlagpolitik!)

Wie wir gerade gehört haben, gibt es nun also eine Grundförderung von 1 000 Euro und 800 Euro als Kinderzulage. Egal, welche Variante Sie wählen, meine Damen und Herren, den Familien geht es auf jeden Fall schlechter als vorher.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Eine Familie mit einem Kind erhält bei einem Neubau 46 Prozent weniger Förderung, eine mit zwei Kindern 37 Prozent und eine mit drei Kindern 30 Prozent. Das alte Niveau wird – weil in der Kinderzulage nur noch eine Differenz von 38 Euro besteht – bei einem Neubau erst mit dem einundvierzigsten Kind erreicht. Das ist eine grandiose familienpolitische Leistung. Sie sollten sich dafür schämen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie sollten einmal ernsthaft erläutern, warum die Kinderzulage nur dann gewährt werden soll, wenn sich die Kinder innerhalb von vier Jahren nach der Eheschließung einstellen. Offensichtlich merken Sie nicht, welchen Druck Sie auf junge Familien ausüben, wenn, wie der „Focus“ diese Woche schreibt, die Frau nicht schnell genug schwanger wird.

(Widerspruch bei der SPD)

Das Ganze ist ein untauglicher Versuch, sich familienfreundlich zu geben, und entpuppt sich als riesengroße Täuschung der Wähler.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP])

Sie werden auch die Einkommensgrenze senken. Es geht bekanntlich um den Gesamtbetrag der Einkünfte. Auch damit treffen Sie wieder die Leistungsträger in dieser Gesellschaft, die sich hochgearbeitet haben. Das ist die neue Mitte, auf die Sie noch 1998 gesetzt haben. Aber jetzt haben Sie sich selbst auf die neue Mitte gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Ihre Beschlüsse greifen, wird der Bau von Eigenheimen in Ballungszentren überhaupt nur noch für die absoluten Hochverdiener möglich sein.

(Zuruf von der SPD: Das ist schon jetzt so!)

Mit Ihren Vorstellungen müssen viele ihren Traum vom Eigenheim an den Nagel hängen. Der Finanzminister träumt von 210 Millionen Euro Einsparungen und vergisst dabei erstens den Steuerausfall durch die nicht realisierten Bauvorhaben und zweitens die Belastung durch die steigende Arbeitslosigkeit. Warum sind die Menschen heute hier in Berlin auf der Straße? Weil sie merken, dass es immer weiter abwärts geht und diese Regierung die absolut falschen Beschlüsse herbeiführt. Die Menschen draußen haben unsere absolute Solidarität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das Eigenheim oder auch die selbstgenutzte Wohnung waren von allen Parteien gesellschaftspolitisch und sozialpolitisch immer gewünscht; denn sie waren immer auch ein Stück Stabilisator der Konjunktur und versprachen den Bauarbeitern sichere Arbeitsplätze. Das DIW kalkuliert heute mit einem Rückgang im Bauvolumen von 4,7 Prozent im nächsten Jahr und von über 10 Prozent im Jahr 2004.

(Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Im Osten 20 Prozent!)

Sie können übrigens die Einschränkungen bei der Eigenheimzulage auch nicht von anderen steuerpolitischen Beschlüssen im Wohnungsbau trennen. 80 Prozent der Wohnungsbauinvestitionen werden durch Private finanziert und stützen sich auf drei Säulen: auf die Miete, auf die vom Staat gewollten Steuervorteile, damit Geld in den Wohnungsbau fließt, und auf die Wertsteigerung. Sie schlagen zwei Säulen kaputt: die Steuervorteile und die Wertsteigerung. Es wird Zeit, dass wir über die Inhalte reden und nicht mehr über die Verpackungen. Wenn Sie Nachhaltigkeit wollen, können Sie das jetzt beweisen. Was ist die Folge Ihrer Beschlüsse? Weniger Wohnungen, weniger Eigenheime, mehr Druck auf die Mieter, Mietsteigerungen, Wohnungsknappheit.

(Franziska Eichstädt-Bohlig [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weniger Wohnungsleerstand!)

Schon schließt sich der Kreis und wir werden in absehbarer Zeit wieder über Wohnungsnot und die notwendigen Fördermaßnahmen diskutieren. Lassen Sie die Finger von der Eigenheimzulage und ziehen Sie Ihre verheerenden wohnungspolitischen Beschlüsse zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Susanne Kastner:

Herr Kollege Flosbach, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag und wünsche Ihnen für Ihre politischen Ziele alles Gute.

(Beifall)